

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 11

Artikel: Nordischer Krieg
Autor: Wickman, Johannes
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158675>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nordischer Krieg

Von **Johannes Widman**, Stockholm.

Herr Dr. Widman, Redaktor an der „Dagens Nyheter“, der größten Tageszeitung Schwedens, hat im Novemberheft 1938 unserer Zeitschrift einen sehr bemerkenswerten Artikel über das Thema „Schweden und der Völkerbund“ veröffentlicht.

Heute sind wir in der Lage, einen Originalartikel Widmans über das höchst aktuelle Thema „Nordischer Krieg“ abzudrucken. Es dürfte für unsere Leser von größtem Interesse sein, über dieses brennende Problem von kompetenter schwedischer Seite orientiert zu werden.

Die Schriftleitung.

Als die Kunde von der Unterzeichnung des deutsch-russischen Paktes vom 23. August eintraf, empfand das schwedische Volk, in der ersten Überraschung, im allgemeinen beinahe eine gewisse Erleichterung. Die Erinnerung an den Krieg 1914—18, in dem Schweden mitten im Kraftfeld Deutschland und England-Rußland lag, war ja noch lebendig. Da sich die Sowjetunion durch den Nichtangriffspakt mit Deutschland in dem nun ausbrechenden Krieg neutral zu verhalten schien, gab man sich dem Glauben hin, das Unwetter werde vorbeiziehen: Schweden würde den Spannungen zwischen den Kriegsführenden entzogen sein, und größere militärische Operationen in der Ostsee brauchte man ja nicht zu befürchten. Doch genügte ein Augenblick des Nachdenkens, um den Namen Tilsit in Erinnerung zu rufen. Beim Frieden von Tilsit im Jahre 1807 gab Napoleon dem Zaren von Rußland freie Hand im Norden — und dies führte zur russischen Eroberung von Finnland, das damals einen Drittel des gesamten schwedischen Territoriums bildete. Was sollte nun die neue Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion für die kleinen Staaten an der Ostsee und überhaupt für den gesamten Norden bedeuten? Solange Deutschland und die Sowjetunion in entgegengesetzten Lagern standen, herrschte eine Art Gleichgewicht, das den kleinen Staaten an der baltischen Ostküste immerhin ein gewisses Maß von Beruhigung bot, selbst wenn Estland, Lettland und Litauen sich sagen mußten, daß sie im Falle eines Krieges zwischen den angrenzenden Großmächten wenig Aussicht hatten, ihre Neutralität zu bewahren.

Seit drei Jahren hatte Finnland planmäßig daraufhin gearbeitet, sich durch einen Anschluß an die nordische Staatengruppe möglichst günstige Vorbedingungen für die Aufrechterhaltung seiner Neutralität während eines sowjetrussischen Krieges zu schaffen. Dies bedeutete eine ausgesprochene Neuorientierung der finnischen Außenpolitik, eine Tatsache, die man hervorheben muß, wenn man die Ereignisse der letzten Monate, insbesondere Rußlands und Schwedens Einstellung zu Finnland, verstehen

will. Gewisse Kreise haben behaupten wollen, Schweden hätte seine Verpflichtungen aus der „nordischen“ Politik dieser letzten Jahre verleugnet, als es Rußland bei dessen Angriff auf Finnland am 30. November des letzten Jahres nicht den Krieg erklärte. Andererseits hat man auf verschiedenen Seiten — besonders in Finnland, aber auch in Schweden und in andern Ländern — geltend gemacht, die Sowjetunion wolle zur Eroberung des ganzen nördlichen Scandinaviens schreiten, um dadurch die eisfreien Gewässer des Nordatlantiks zu gewinnen. Nach dieser Auffassung hätten also Schweden und Norwegen unmittelbar zur Verteidigung ihrer eigenen lebenswichtigen Interessen eingreifen sollen.

Vorerst wollen wir die wesentlichen Züge im Verhältnis Finnland-Schweden berühren. Unter den drei skandinavischen Völkern, Schweden, Norwegern und Dänen, die nahe verwandt sind und sich sprachlich leicht verständigen können, herrscht seit langer Zeit eine echte Freundschaft und Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Im Kriege 1914—18 kam diese Solidarität wirksam zur Geltung; doch war weder damals noch später je die Rede von einem politischen, geschweige denn von einem militärischen Zusammengehen, beispielsweise, um das eine oder andere Land vor irgend einer Bedrohung zu beschützen. Die drei Länder wollen neutral sein, nicht nur im Verhältnis zu den kriegsführenden Großmächten, sondern auch unter sich selbst. Ein jedes sollte sich selber wehren, wenn es von einem andern Staate angegriffen würde. Dies gilt weiterhin, auch nachdem sich die skandinavische „Zusammenarbeit“ auf Finnland ausgedehnt hat, und nunmehr, aus geographischen Gründen, nordisch anstatt wie bisher skandinavisch benannt wird. Dies ist festzuhalten: bis zum Ausbruch des finnisch-russischen Krieges hat keine Regierung eines nordischen States irgend einem andern nordischen Staat das Versprechen militärischer Hilfe gegeben.

Die finnische Regierung war sich dieser grundsätzlichen Einstellung der schwedischen, norwegischen und dänischen Politik stets völlig bewußt, und sie hat auch die nötigen Schlußfolgerungen daraus gezogen. Das finnische Volk hatte sich im Jahr 1918, mit Hilfe deutscher Truppen, seine Unabhängigkeit in einem Krieg gegen Rußland erkämpfen müssen. Gewöhnlich spricht man zwar von einem Bürgerkrieg, doch war es in Wirklichkeit ein Krieg, den die Russen mit Hilfe der finnischen Kommunisten gegen Finnland führten, somit ein ähnlicher Krieg, wie sich ihn Stalin nun vorgestellt hat, als er die vollständig verfehlte Rechnung machte, durch Anerkennung der Regierung des Kommunisten Ruusinen von neuem die finnischen Kommunisten als seine Hilfstruppen zu mobilisieren. In Schweden begrüßte man damals die Befreiung Finnlands mit großer Freude, und zwar aus verschiedenen Gründen: Rußland war aus der unmittelbaren Nachbarschaft Schwedens zurückgedrängt; seit der Zeit der Vereinigung zwischen Finnland und Schweden hatte immer eine kräftige kulturelle Gemeinschaft zwischen Schweden und der schwedischen Minderheit

in Finnland bestanden. Dieser Volksteil zählt 2—300 000 Köpfe bei einer finnischen Gesamtbevölkerung von über 4 Millionen. Ein eigentliches Gefühl der politischen Solidarität zwischen den beiden Ländern bestand aber nicht. Dies kam in schlagender Weise schon bei der Entstehung des finnischen Staates zum Ausdruck, denn diesen Befreiungskrieg gegen Rußland mußte Finnland ohne schwedische Unterstützung durchführen. Auf Veranlassung Schwedens entspann sich sogar im Jahre 1918 eine Streitsache mit Finnland, die sich um die von Schweden beanspruchten Hoheitsrechte über die Ålandsinseln drehte. Dieser Konflikt wurde erst 1921 beigelegt, indem die Streitsache, auf Vorschlag der englischen Regierung, zum Entscheid an den Völkerbund überwiesen wurde.

So trugen also verschiedene Gründe dazu bei, daß der neue finnische Staat sich in seiner außenpolitischen Orientierung nicht sogleich für einen Anschluß an die skandinavischen Staaten entschloß. „Korrekte Nachbarschaft“, das war die Bezeichnung, die Hjalmar Branting, der schwedische Abgeordnete bei der Behandlung des Ålandskonfliktes in Genf auf das Verhältnis zwischen Schweden und Finnland anwendete. Entscheidend für Finnland, sich seine Anlehnung auf einer andern Seite als bei Skandinavien zu suchen, war ohne Zweifel die Tatsache, daß die drei skandinavischen Länder eine strikte Neutralitätspolitik verfolgten und folglich nicht geneigt waren, Finnlands Unabhängigkeit, wenn sie einmal von Rußland bedroht werden sollte, militärisch zu beschützen. Die außerordentliche Wehrkraft, die Finnland in seinen heldenmütigen Kämpfen gegen die sowjetrussischen Heeresmassen an den Tag legt, zeigt deutlich, daß man in den letzten zwei Jahrzehnten damit gerechnet hat, daß „Regelungen, die für kleinere Länder in Zeiten der Ohnmacht und des Niedergangs einer benachbarten Großmacht getroffen und zuerst begreiflicherweise freudig begrüßt worden sind, dann notwendigerweise eine Korrektur erfahren müssen, wenn diese Großmacht wieder erstarbt ist und natürliche, für sie lebenswichtige Interessen geltend macht.“ So äußert sich ein bedeutender deutscher Beobachter, Freiherr von Rheinbaben. Streicht man das Wort „notwendigerweise“ — was eine Großmacht für ihre Expansion als notwendig betrachtet, ist stets ein sehr subjektiver Gedanke —, so ist in den angeführten Worten sehr gut ausgedrückt, was allezeit Finnlands große Sorge war, nämlich: Wie wird sich ein militärisch neu erstarstes Rußland zu dem Gebietsverlust an seiner Westgrenze stellen?

Dies war stets die Hauptfrage der finnischen Außenpolitik. Zuerst suchte man sie durch eine Annäherung an die Kleinstaaten südlich des finnischen Meerbusens zu lösen; doch dauerte diese Orientierung nicht lange. Das Großfürstentum Finnland hatte innerhalb des russischen Reiches stets eine gewisse Selbständigkeit genossen; es hatte somit eine andere Stellung eingenommen, als die nachmaligen baltischen Randstaaten, und außerdem schien seine Lage bei einem russischen Vordringen gegen die Ostsee auch geringeren Gefahren ausgesetzt. Der finnischen Regierung war es daher

daran gelegen, sich von diesem ständigen Konfliktsherd abseits zu halten; doch war es, mit Rücksicht auf die beschränkten Kräfte des eigenen Landes, nötig, diese Unabhängigkeitspolitik auch außerhalb der eigenen Grenzen zu verankern. So suchte denn Finnland bis zum Ende des Jahres 1936 eine Stütze beim Völkerbund und bei Deutschland. Als aber das System der kollektiven Sicherheit zur Zeit des italienisch-äthiopischen Krieges zusammenbrach und dadurch die Ohnmacht des Völkerbundes an den Tag trat, bemühte sich Finnland, einen neuen Halt zu finden, indem es sich an die nordische Neutralitätsgruppe anlehnte, ohne jedoch seine engen Beziehungen zu Deutschland aufzugeben. Von diesen drei Pfeilern des finnischen Sicherheitssystems, Völkerbund, Norden und Deutschland, war Deutschland ohne jeden Zweifel der stärkste. Das freundschaftliche Verhältnis zu diesem Lande blieb denn auch der feste Stützpunkt der finnischen Außenpolitik bis zum deutsch-russischen Abkommen vom August 1939.

Mit der so plötzlich geschlossenen Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland hatte Finnland seine wichtigste Anlehnung für den Fall eines russischen Angriffs verloren. Irgendwelche wirksame Hilfe konnte ja der Völkerbund auf keinen Fall leisten. Schweden, Norwegen und Dänemark hatten immer wieder ihre Neutralität betont, auch im Falle eines Angriffs gegen einen der nordischen Staaten. Diese Neutralitätspolitik hatte man selbst während der, nicht zuletzt vom damaligen schwedischen Außenminister Sandler, so hoch angepriesenen nordischen „Zusammenarbeit“ aufrecht erhalten. Als das Unglück kam, stand daher Finnland allein.

Man muß sich diese Entwicklung vor Augen halten, wenn man die Lage verstehen will, die durch den russischen Überfall auf Finnland für den ganzen Norden entstanden ist. Wenn wir uns hier nur mit Schweden und Finnland befassen, so ist zuzugeben, daß die Neutralität Finnlands in den Augen der Moskauer Regierung nicht so fest gegründet dastand, wie diejenige Schwedens. Sie war nicht nur beträchtlich jüngeren Ursprungs; deutsche Truppen waren im Frühjahr 1918 in Hangö gelandet und hatten auf finnischem Boden gekämpft, ähnlich wie im Jahre 1916 deutsche Streitkräfte ihren Fuß auf Dösel gesetzt hatten. Die Waffenbrüderschaft zwischen Deutschland und Finnland war in beiden Ländern, insbesondere in den stark miteinander verbundenen militärischen Kreisen, lebendig erhalten worden, zum großen Vorteil für die Entwicklung und Erstarbung der finnischen Wehrkraft. So konnten die russischen Machthaber, im Falle eines Krieges mit Deutschland, ihre Grenze gegen Finnland keineswegs als gegen alle Überraschungen gesichert betrachten. Ich brauche wohl nicht zu betonen, daß ich mit diesen Worten nicht den geringsten Schatten auf die finnische Außenpolitik oder auf den ehrlichen Willen Finnlands, mit seinem mächtigen Nachbarn im Frieden zu leben, werfen will. Finnlands Anlehnung an die neutrale nordische Staatengruppe war ein unzweifelhafter Beweis für sein aufrichtiges Bestreben, sich abseits zu halten, falls ein Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion ausbrechen sollte. Aber Finn-

lands Befürchtungen gegenüber Rußland waren so stark, daß auch die finnische Neutralitätspolitik innerhalb der nordischen „Zusammenarbeit“ Finnland nicht auf gleiche Distanz von beiden Großmächten in der Ostsee zu halten vermochte; ja, sogar die altbewährte schwedische Neutralitätspolitik wäre beinahe entgleist, als zwischen Schweden und Finnland die Frage der Befestigung der Ålandsinseln zur Behandlung kam. Dieser Gegenstand ist von grundsätzlicher Bedeutung für die Beurteilung der gegenwärtigen Politik Schwedens, Finnlands und Rußlands.

Nach längeren vorbereitenden Verhandlungen wurde anfangs 1939 ein schwedisch-finnischer Plan für eine durchgreifende Änderung des internationalen Status der Ålandsinseln ausgearbeitet. Durch das Abkommen von 1921 waren diese Inseln entmilitarisiert und neutralisiert worden, und zwar in dem Sinne, daß die Neutralität dieses Gebietes für den Kriegsfall durch die europäischen Großmächte, mit Ausnahme von Rußland, sowie durch die Uferstaaten an der Ostsee garantiert wurde. Dabei setzte man voraus, Rußland sollte seinerzeit eingeladen werden, sich dieser Konvention anzuschließen, sobald es sich eine de jure anerkannte Regierung gegeben haben werde. Der schwedisch-finnische Plan von 1939 ging darauf aus, Finnland das Recht zum Befestigen der Ålandsinseln zu erteilen und schwedische Streitkräfte auf die Inseln überzusetzen, um im Kriegsfall deren Neutralität zu schützen. Bevor man sich an die Durchführung des Planes machte, war vorgesehen, daß alle interessierten Staaten, nicht nur die Signatarmächte der Konvention von 1921, sondern auch Rußland ihre Einwilligung gäben. Vorausgesetzt wurde auch, daß beide Länder, Finnland und Schweden, neutral blieben, und die beidseitigen Regierungen im gegebenen Fall über die Inkraftsetzung des Planes zu beschließen hätten. Dieser Plan wurde als ein Ausfluß der unparteiischen Neutralität beider Länder im wahrsten Sinne dargestellt, und man erklärte, er werde in gleichem Maße für Rußland wie Deutschland Vorteile bieten. Grundlegend war die Annahme, es werde zwischen den kriegsführenden Mächten ein Wettlauf stattfinden, um sich rechtzeitig vor dem Gegner der Ålandsinseln zu bemächtigen und ihn dieser wichtigen strategischen Position zu berauben. Wenn aber ein befestigtes Åland von schwedischen und finnischen Streitkräften verteidigt würde, so könnten die Kriegsführenden beruhigt sein, daß sich das Gebiet in sicheren Händen befinde, unzugänglich für jeden Gegner. Dies war der Plan und seine Begründung durch die beiden Vertragsschließenden.

Begreiflicherweise wurde dieser Plan in Finnland mit großer Befriedigung begrüßt, denn er bildete ja einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung des Landes. Andererseits muß man verstehen, daß er in Schweden vielerorts auf schwerste Bedenken stieß. Er wurde als eine Maßnahme dargestellt, die es Schweden erleichtern sollte, sich während eines Krieges in der Ostsee neutral zu halten. Doch war es ja nur zu klar, daß er radikal von der strikten Neutralität abwich, die einzig auf die Verteidigung des

eigenen Gebietes gerichtet ist, und die Schweden während mehr als eines Jahrhunderts befolgt hatte. In seiner Erwiderung auf die von den Gegnern des Planes erhobene Kritik mußte sogar Herr Undén, der auch in Genf wohlbekannte, einflußreiche Ratgeber der Regierung in außenpolitischen Fragen, zugeben, daß Schweden durch die Annahme des Planes zu etwas überging, was nicht „Neutralität im gewöhnlichen Sinne“ genannt werden könne. Es zeigte sich denn auch bald, daß die Regierung sich eines wirklich naiven Irrtums schuldig gemacht hatte, als sie annahm, Rußland werde, von Dankbarkeit erfüllt, seine Zustimmung zum Plane geben. War doch damals Deutschland allein Herr in der Ostsee und stand dazu in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis zu Finnland, während Rußlands Beziehungen zu seinem Nachbarn im Nordwesten ausgesprochen kühl waren. Dazu kam noch, daß Rußland außerhalb des Kreises der für die Neutralität Ålands einstehenden Garanten bleiben sollte, während Deutschland, auch nach der Durchführung des schwedisch-finnischen Planes, weiterhin an der Garantie teilnehmen sollte. Man unterschätzte in Moskau gewiß nicht in unzulässiger Weise die Einstellung des nationalsozialistischen Deutschlands zur internationalen Moral, wenn man dort mit der Gefahr rechnete, daß ein Krieg mit Deutschland als ersten Schritt eine deutsche Aktion gegen Åland zur Folge haben könnte, ähnlich dem Angriff des Kaiserreiches auf Belgien im Jahre 1914. Schweden und Finnland wären machtlos dagestanden, wenn Deutschland als Garant der aländischen Neutralität verlangt hätte, die Inseln zu besetzen, mit der Begründung, russische Streitkräfte befänden sich unterwegs, um diese Neutralität zu verletzen. In dem schwedisch-finnischen Plan fand sich allein die Einschränkung, nach dem Ausbruch von Feindseligkeiten dürfe keine kriegsführende Macht zum Schutze der Neutralität von Åland eingreifen. Aber welchen Wert hätte eine solche Bestimmung gehabt?

Nichtsdestoweniger waren Herr Sandler und die übrigen Anhänger der geplanten Änderung im Status der Ålandsinseln höchst erstaunt, als Rußland bei der Behandlung der Angelegenheit vor dem Völkerbundsrat im Mai 1939 sein Veto einlegte. Da dadurch die politisch höchst wichtige Voraussetzung — Zustimmung aller interessierten Staaten — für die Durchführung des Planes dahinfiel, mußte nach der eigenen Auffassung der schwedischen und finnischen Regierungen der ganze Plan eigentlich aufgegeben werden. Dies war indessen nicht der Fall. Die beiden Regierungen gingen vielmehr darauf aus, die russischen Befürchtungen zu zerstreuen, wobei sie die Aussichten dieses Vorhabens sehr optimistisch einschätzten. Während diese Anstrengungen, die bei der damaligen Sachlage sicherlich von vornherein zu einem Mißerfolg verurteilt waren, noch vor sich gingen, schritt der finnische Reichstag bereits zur Bewilligung bedeutender Summen für die permanente Befestigung der Ålandsinseln.

Dies war die Lage, als am 23. August der deutsch-russische Pakt unterzeichnet wurde. Am 18. September, am Tage nach dem Einmarsch der

russischen Truppen in Polen, wurde die finnische Regierung davon unterrichtet, daß Moskau „gewisse politische und kommerzielle Fragen“ mit ihr zu erörtern wünsche. Am 28. September wurde das zweite Abkommen zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossen. Am 5. Oktober richtete die russische Regierung an den finnischen Gesandten das Begehren, Finnland solle einen bevollmächtigten Vertreter nach Moskau senden, um über „konkrete politische Fragen“ zu unterhandeln. Auf die Frage des Gesandten, was damit ungefähr gemeint sei, erhielt er keine Antwort; Molotow begnügte sich, zu betonen, die Verhandlungen müßten so rasch als möglich beginnen, und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die schwebenden Verhandlungen mit Lettland und Litauen innert weniger Tage beendet sein würden. Die Unterhandlungen zwischen Finnland und Rußland dauerten, mit gewissen Unterbrechungen, bis zum 13. November, worauf eine Pause eintritt. Am 30. November ging Rußland zum Angriff über, unter dem erdichteten Vorwand, finnische Streitkräfte hätten russisches Gebiet verlegt.

Der russische Angriff bedeutet die rücksichtslose Verletzung einer ganzen Reihe von Verträgen und Abkommen zwischen der Sowjetunion und Finnland: des Friedensvertrages von Dorpat vom 14. Oktober 1920, des Nichtangriffspaktes vom 21. Januar 1932 (auf Initiative der Sowjetunion zustande gekommen!), der im Anschluß an den Nichtangriffspakt abgeschlossenen Konvention über ein Vergleichsverfahren, des Protokolls von 1934 über die unkündbare Verlängerung des Nichtangriffspaktes bis Ende 1945, sowie der Konvention vom 3. Juli 1933 über die Definition des „Angreifers“. Dazu kommen die allgemeinen Abkommen, nämlich Völkerbunds-pakt und Kellogg-pakt. Auf die völkerrechtliche Seite des finnisch-russischen Konfliktes können wir in diesem Rahmen nicht eingehen, ebensowenig auch auf eine genauere Darstellung der Verhandlungen in Moskau. Nur auf einige Betrachtungen über die politische Seite des Konfliktes wollen wir uns hier beschränken.

Seit Kriegsausbruch ist man in Finnland einhellig der Meinung, die Sowjetunion werde nicht allein zur Eroberung von Finnland, sondern des gesamten nördlichen Teiles der skandinavischen Halbinsel schreiten, mit Einschluß des schwedischen Nordgebietes und der norwegischen Küstenstrecke längs des nördlichen Atlantik. Daraus zieht man die Folgerung, Schweden solle im eigenen Interesse mit seinen Streitkräften eingreifen und dem zu erwartenden russischen Angriff bereits in Finnland entgegen-treten. Die Aussichten für einen siegreichen Widerstand seien größer, wenn Finnland und Schweden ihre Kräfte vereinigen, als wenn sie, jedes für sich, Rußland die Stirne bieten. In gewissen schwedischen Kreisen teilt man diese Auffassung.

Bevor Rußland zum Angriff mit den Waffen übergegangen, war diese Anschauung noch nicht zur Geltung gekommen. Während der diplomatischen Vorverhandlungen und noch nach deren Unterbrechung am 13. No-

vember, betrachtete man die Lage anders. Man vermutete, Moskau werde von Finnland das Gleiche verlangen wie von den baltischen Staaten, d. h. einen sogenannten Beistandspakt und gewisse Stützpunkte für seine Streitkräfte. Dies war auch die Auffassung der finnischen Regierung, wie man dem nun in schwedischer Sprache herausgegebenen finnischen Blauweißbuch entnehmen kann. In einer Unterredung zwischen dem finnischen Außenminister Erkko und dem russischen Abgesandten in Helsingfors, Derewjanski, die sich im Blauweißbuch aufgezeichnet findet, weist der letztere an zwei Stellen auf die baltischen Staaten als ein für Finnland nachahmenswertes Beispiel hin, und als einen Beweis dafür, daß sich Verhandlungen mit Rußland auf eine freundschaftliche Weise durchführen lassen. Während der Verhandlungen mit Moskau ergriff die finnische Regierung allerdings weitreichende Schutzmaßnahmen, so die Verdunkelung wichtiger Plätze, doch geschah dies lediglich, um Finnlands Entschlossenheit darzutun, sich gegebenenfalls mit den Waffen irgendwelchen russischen Begehren zu widersetzen, die mit seiner Selbständigkeit unvereinbar wären. Auch nach dem 13. November erwartete Finnland noch keinen Angriff. Dagegen war man auf einen andauernden russischen Druck auf wirtschaftlichem Gebiete und mittels russischer Truppentkonzentrationen, in Verbindung mit drohenden Ausfällen in Presse und Radio, gefaßt. Die Gründe für die Annahme, Moskau wolle gegenüber Finnland nur seine „baltischen“ Methoden zur Anwendung bringen, lassen sich in Kürze folgendermaßen darlegen. Die Erfahrungen aus dem Kriege 1914—18 haben es für Rußland wünschenswert gemacht, auch im Nordwesten wieder eine Verteidigungsfront aufzurichten. Dazu boten die Freundschaft zwischen Berlin und Moskau und der Krieg zwischen Deutschland und den Westmächten gewiß eine günstige Gelegenheit. Die russischen Ansprüche gegenüber Finnland sind auch deutlich gekennzeichnet durch diese Erinnerungen aus dem Weltkrieg. In jener Zeit waren fremde Streitkräfte gerade an den drei Punkten eingedrungen, auf die sich die russischen Vorschläge bezogen: Hangö, der finnische Meerbusen samt der karelischen Landenge, sowie die Fischerhalbinsel am Eismeer. Außerdem schlug Rußland einen Beistandspakt zwischen den beiden Ländern vor. Die territoriale Kompensation, die Rußland den Finnen anbot, konnte natürlich in keiner Weise die äußerst ernsthafte Tragweite der russischen Forderungen verringern. Dennoch zeigte sich Finnland so weit zu einem Entgegenkommen bereit, als dies überhaupt möglich war, ohne die Neutralität und Unabhängigkeit des Landes preiszugeben. In zwei Punkten jedoch blieb die Regierung von Helsingfors unnachgiebig, nämlich in Bezug auf Hangö und auf den Beistandspakt. Moskau andererseits ließ von diesen Forderungen nicht ab, änderte sie aber aus Rücksicht auf die finnischen Befürchtungen einigermaßen ab. Der Beistandspakt hätte verhindern sollen, daß eine dritte Macht Finnland zu ihrem Verbündeten machen könnte. Statt dessen schlug Moskau vor, dieses Ziel zu erreichen, indem man den bestehenden Nichtangriffspakt in dem Sinne aus-

bauen sollte, daß beide Parteien sich keiner Mächtegruppe oder Allianz anschließen würden, die gegenüber dem einen oder dem anderen Vertragsschließenden direkt oder indirekt feindlich eingestellt wäre. Durch einen Stützpunkt auf Hangö wollte sich Rußland einesteils in den Stand setzen, den finnischen Meerbusen wirksam zu sperren — was von der Basis Baltischport aus allein nicht möglich ist — und andererseits auch auf dem finnischen Festland sich dem Eindringen einer dritten Macht zu widersetzen. Angesichts des Widerstandes der finnischen Regierung machte Moskau den Vorschlag, Hangö durch die Inseln außerhalb Hangö zu ersetzen; außerdem erklärte es sich bereit, seinen Widerstand gegen die Befestigung der Ålandsinseln fallen zu lassen, was, wie wir oben erwähnten, den Finnen sehr erwünscht gewesen wäre.

Für einen Augenblick wollen wir die moralische Seite des Konflikts und Finnlands Recht zum Widerstand außer Acht lassen, und statt dessen rein realpolitisch Rußlands Haltung zu beurteilen suchen, um damit vielleicht einige Klarheit über die Ziele der russischen Politik im Nordwesten zu erlangen. Es läßt sich wohl kaum bestreiten, daß der Gang der Verhandlungen darauf hindeutet, die russische Regierung habe ihr Ansinnen für Finnland tatsächlich annehmbar zu machen versucht und durch die drohende Geltendmachung ihrer Übermacht nur die Annahme ihrer Vorschläge durch Finnland erzwingen wollen. Hinsichtlich Hangös jedoch, das bis zum Schluß den entscheidenden Streitpunkt bildete, mußte Finnland unnachgiebig bleiben. Der Spielraum zwischen Rußlands Mindestforderung und dem, was Finnland bieten konnte, war zu groß, um eine friedliche Einigung zu ermöglichen. Daß Rußland die Verhandlungen sich hinziehen ließ, bis daß die für die Kriegführung geeignete Jahreszeit verstrichen war, deutet ebenfalls darauf hin, daß Moskau damit rechnete, das kleine Finnland werde am Ende doch dem Druck des gewaltigen Reiches nachgeben; waren ja doch die Finnen von der Hilfe derjenigen Großmacht, auf die sie bis dahin am meisten für ihre Sicherheit gerechnet hatten, nämlich Deutschlands, gänzlich abgeschnitten. Aber die für Rußland günstige europäische Konjunktur war nicht als dauerhaft anzusehen, es konnten überraschende Ereignisse eintreffen, die Rußlands Politik an der nordwestlichen Front ernstliche Hindernisse bereiten konnten.

Als Rußland einsah, daß der finnische Widerstand, verstärkt durch eine allmähliche Mobilmachung während der Verhandlungen in Moskau, sich als recht hartnäckig erweisen werde, glaubte die russische Regierung noch, ihre Forderungen durch einen kurzen Krieg durchsetzen zu können, wobei sie auf die Hilfe der finnischen Kommunisten rechnete, gewissermaßen als Dank für die Einsetzung der „Regierung“ Kuusinen. Sie wußte ja gut genug, daß in diesen Landstrichen der strenge Winter sich in der zweiten Hälfte Dezember einstellt und von da an auf Monate hinaus militärische Operationen äußerst erschwert. Man hat daher guten Grund, anzunehmen,

daß die russische Regierung davon überzeugt war, der Krieg werde in zwei, drei Wochen beendet sein.

Ist diese Auffassung des finnisch-russischen Konfliktes im Oktober-November-Stadium richtig, so können die russischen Truppen, die am 30. November gegen die finnischen Befestigungen auf der karelischen Landenge geworfen wurden, unmöglich das schwedische Nordgebirge oder den norwegischen Hafen Narvik am Atlantik als Endziel gehabt haben. Man kann zwar einwenden, im Kriege seien alle Überraschungen möglich: die russische Regierung kann ja den ursprünglichen Plan, nur eine Verteidigungsfront im Nordwesten aufzurichten, geändert und sich statt dessen zu einer imperialistischen Expansion entschlossen haben. Gewiß ist das nicht ausgeschlossen. Doch ist dies bis auf weiteres eine bloße Vermutung, die in den bisher bekannt gewordenen Tatsachen keine Stütze findet. Und man kann sich fragen, ob die von den russischen Armeen in Finnland erlittene Niederlage — die eindrucksvollste, die eine Großmacht je erlitten hat — gerade besonders geeignet ist, um dem Angreifer Pläne für neue, weitausholende Eroberungen zuzuschreiben.

Zwei andere Fragen sind es, die in diesem Augenblick für die nordischen Nachbarländer Finnlands, vor allem für Schweden, im Vordergrund stehen. Die eine betrifft die freiwillige Unterstützung Finnlands, die in großem Maßstab und aus vollem Herzen dargeboten wird; bei der anderen handelt es sich um die Schwierigkeiten, welche die von den Großmächten, besonders von England, geleistete Hilfe, die ja in der Hauptsache durch Schweden geleitet werden muß, zur Folge haben kann. In der deutschen Presse ist bereits eine heftige und drohende Kampagne im Gang, in der Schweden davor gewarnt wird, England, unter dem Anschein von Truppen- und Materialsendungen nach Rußland, eine neue Front auf schwedischem Gebiet gegen Deutschland errichten zu lassen. Offenbar glaubt man in Deutschland, daß England, sowohl am Westwall wie in der Luft der deutschen Kampfkraft machtlos gegenübersteht und daher bestrebt ist, „einen neuen Kriegsschauplatz zu suchen“, wo, unter günstigeren Verhältnissen, ein entscheidender Schlag gegen Deutschland geführt werden könnte; ein solcher Kriegsschauplatz sollte sich in Schweden bieten. Andererseits befürchtet man in gewissen Kreisen Schwedens, daß nicht England, sondern Deutschland auf der Suche nach einem neuen Kriegsschauplatz in Schweden sei, da ein Durchbruch an der Maginotlinie allzu kostspielig sei und der Unterseeboot- und Minenkrieg keine rasche Entscheidung verspreche. Rein theoretisch stehen drei „neue“ Kriegsschauplätze zur Auswahl, falls die Kriegführenden in ihren jetzigen Positionen nicht auf eine relativ baldige Entscheidung hoffen können, nämlich der Norden, Holland-Belgien und das Schwarze Meer. Ohne militärischer Fachmann zu sein, vermeint man doch so viel zu verstehen, daß der Norden sich für diesen Zweck am schlechtesten eignen würde. Holland und Belgien ermöglichen eine Umgehung der beidseitigen Befestigungslinien, an der die Operationen bisher zum

Stehen gekommen sind. Ein Krieg in der Gegend des Schwarzen Meeres, an dem die Türkei auf Seite der Alliierten teilnehmen würde, würde lebenswichtige Gebiete Rußlands treffen und dadurch auch eine ernstliche Bedrohung für Deutschland bedeuten. Schweden wäre dagegen für England als Basis für einen Angriff auf Deutschland höchst unvorteilhaft gelegen. Wenn anderseits Deutschland, als Gegenzug gegen wirkliche oder vermeintliche Pläne Englands, Schweden überfallen wollte, so würden die schwedischen Streitkräfte jede Handbreit ihres Bodens verteidigen, und dadurch — selbst nach einem deutschen Sieg — eine der wichtigsten Einfuhrquellen Deutschlands für Eisenerze, Lebensmittel und anderen Kriegsbedarf auf lange Zeit hinaus zerstören.

Unter diesen Umständen überrascht es nicht, wenn Deutschland wünscht, daß Schweden sich aufs Äußerste anstrengt, um seine Neutralität zu wahren, nicht bloß im großen Kriege, sondern auch im finnisch-russischen Kampf. Daraus folgt, daß der schwedische Staat, im Unterschied zum Volk, hinsichtlich der Unterstützung Finnlands größere Vorsicht walten lassen muß, als dies sonst der Fall wäre. Das Gleiche gilt auch für die Haltung der Regierung gegenüber dem Beistand, der Finnland von den Westmächten angeboten wird. „Selbständigkeit und Neutralität“, das sind die Richtlinien, die Ministerpräsident Hansson bei der Reichstagseröffnung im Januar als für die schwedische Politik maßgebend bezeichnet hat. Selbständigkeit gegenüber allen Zumutungen, Neutralität nach allen Seiten — überdies jedoch eine wohlgerüstete Verteidigungsbereitschaft, wenn das Schlimmste eintreffen sollte.

Otto von Greyerz †.

Von Arnold Bückli.

Otto von Greyerz war einer der Gründer unserer Zeitschrift und gehörte während langer Jahre ihrem Vorstand an. Es ist uns daher eine Ehrenpflicht, in unseren Monatsheften dieses bedeutenden Gelehrten zu gedenken. Der hier folgende Nachruf stammt von berufener Seite.

Vorstand und Schriftleitung.

Bern ohne seinen Otto von Greyerz! Wenn es jetzt auch außerhalb seiner Vaterstadt, dieser Hochburg bernischer Volksart und Sprache, gar manchen einen schwer ankommen mag, sich vorzustellen, daß der bewegliche kleine „Herr Profässer“ mit dem geistvollen, aber auch etwas martialischen Obristentopf nie mehr durch die alte Junkerngasse und den Rudolf Wyßweg gehen oder vielmehr eilen wird, so ist das recht ein Beweis für das Einmalige, ja, wie uns scheint, Unerseßliche der Persönlichkeit des Dahingegangenen. Keinen einzigen Zweig seines wissenschaftlichen und litera-